

Stadt Amberg

Marktplatz 11
92224 Amberg



AMBERG

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	003/0031/2018
	Erstelldatum:	04.07.2018
	Aktenzeichen:	Dr. M./si
Erweiterung des Überwachungsgebietes des Kommunalen Verkehrsüberwachungsdiensts		
Referat für Recht, Umwelt und Personal Verfasser: Hannich, Jasmin		
Beratungsfolge	18.07.2018	Verkehrsausschuss

Beschlussvorschlag:

Das Überwachungsgebiet des Verkehrsüberwachungsdienstes wird gemäß dem als Anlage 1 beigefügtem Plan (rot gekennzeichnet) erweitert. Die Überwachung erfolgt bis auf weiteres mit dem bestehenden Personal. Es erfolgt ein Erfahrungsbericht im Verkehrsausschuss ein Jahr nach Aufnahme der Überwachung.

Sachstandsbericht:

1. Im Bereich um das Klinikums St. Marien und das Dienstleistungszentrum herrscht ein hoher Parkdruck. Bereits vor Beginn der Arbeiten für das neue Parkhaus sind die Fahrer häufig in die Bewohnerstraßen ausgewichen. Dieses Ausweichverhalten hat sich durch die Bewirtschaftung der Freifläche um das Mariendeck noch verstärkt. Beschwerden verschiedener Bewohner liegen bereits vor, Einfahrten sind versperrt, teilweise sind auch die Rettungswege nicht mehr freigehalten. Da im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Parkhauses im Jahr 2019 für den Bereich Mariahilfberg ein neues Parkraumkonzept zu erarbeiten ist, dessen Einhaltung ohnehin auch entsprechend überwacht werden muss, ist es sinnvoll, hier seitens der Stadt bereits im Vorfeld ordnend tätig zu werden. Dies führt bereits jetzt zu einer verbesserten Situation für die Bewohner und vereinfacht voraussichtlich das Vorgehen nach der Inbetriebnahme des Parkhauses.
2. Der Bereich um das staatliche Berufsschulzentrum ist ähnlich wie der Mariahilfberg durch Parkdruck belastet. Mit der Errichtung des Parkplatzes sollen dieser und der Parkplatzsuchverkehr reduziert werden, um die Bewohner zu entlasten. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine entsprechende Überwachung notwendig.
3. Obwohl bei Veranstaltungen in der TRIMAX-Halle seitens der Veranstalter auf die Parkmöglichkeiten im Parkdeck Kräuterwiese hingewiesen werden, zeigt sich, dass

die Besucher der Veranstaltungen zunächst unmittelbar bei der TRIMAX-Halle einen Parkplatz in den angrenzenden Straßen suchen und Ihre Fahrzeuge auch verbotswidrig insbesondere in der Feuerwehrezufahrt parken. Um die Freihaltung dieser sensiblen Bereiche zu gewährleisten und die umliegenden Bewohner zu entlasten, sollte auch dieser Bereich einschließlich Hollergasse in das Überwachungsgebiet aufgenommen werden.

4. Im Bereich um die OTH Amberg und Am Anschluss wird das Überwachungsgebiet arrondiert. Das bisherige Überwachungsgebiet endet hier zum Teil in der Straßenhälfte oder liegt nur auf einer Straßenseite, wobei auch im Anschluss daran Halt- und Parkverstöße beobachtet werden konnten und auch Beschwerden vorlagen. Die Überwachung wurde daher zum Teil, rechtlich zulässig, schon aufgenommen.

Eine Abstimmung mit dem Straßenverkehrsamt ist erfolgt. Die Polizeiinspektion Amberg begrüßt die Erweiterung.

Personelle Auswirkungen:

Zu einer Stellenmehrung kommt es nicht, wenn der Überwachungsdruck in der Altstadt und den umliegenden Parkflächen herabgesetzt wird. Ist gewünscht, dass der Überwachungsdruck im bisherigen Gebiet gleich bleibt, wird eine zusätzliche Stelle im Außendienst benötigt, woraus ggf. in Abhängigkeit der Anzahl der zusätzlichen Verwarnungs- und Bußgeldverfahren auch eine Stellenmehrung im Innendienst resultiert. Es wird vorgeschlagen die Überwachung mit dem bestehenden Personal zu beginnen, um Erfahrungen zu sammeln, wie sich der veränderte Überwachungsdruck in der Altstadt auswirkt. Es erfolgt ein Erfahrungsbericht im Verkehrsausschuss.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich nur, wenn eine zusätzliche Stelle geschaffen werden soll. Neben den Personalkosten (Entgeltgruppe 5) fallen dann zusätzliche Kosten für Aus- und Fortbildung, Dienstkleidung und Arbeitsmittel (z.B. Smartphone) an.

Bei einer Überwachung mit dem bestehenden Personal sind keine Kosten zu erwarten, da eine fußläufige Erreichbarkeit nach wie vor gegeben ist.

a) Finanzierungsplan

--

b) Haushaltsmittel

--

c) Folgekosten nach Fertigstellung Maßnahme (davon an zusätzlichen Haushaltsmitteln erforderlich)

--

Alternativen:

Das Überwachungsgebiet wird nicht erweitert. Im Zusammenhang mit dem noch zu errichtenden Parkhaus in der Marienstraße ist zu beachten, dass die Stadt mit Inbetriebnahme des Parkhauses die Überwachung des umliegenden Bereichs vertraglich schuldet. Ein Parkraumkonzept ist noch zu erarbeiten.

Die Überwachung des erweiterten Gebiets wird auf den Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz übertragen. Dazu müssen klar definierte Bereiche festgelegt werden, da im Falle einer Übertragung der Verkehrsüberwachungsdienst der Stadt nicht mehr zuständig ist. Die Laufwege könnten sich hierdurch jedoch verschlechtern, da der neu zu überwachenden Bereich unmittelbar an das bisherige Überwachungsgebiet anschließt bzw. direkt gegenüber liegt. Daneben entstehen Kosten für die Überwachung: 30,00 Euro je Überwachungsstunde, ab 22:00 Uhr weitere 30,00 Euro je Überwachungsstunde für Zusatzpersonal (Doppelstreife). Sollte auch die Sachbearbeitung der Verwarn- und Bußgeldverfahren übertragen werden, entstehen weitere Kosten von 07,00 Euro je Fall. Die Einnahmen aus Verwarnungs- und Bußgeldern gehen an die Stadt.

Anlagen:

Plan

Beschluss:

18.07.2018

Verkehrsausschuss

SI/VK/48/18

Das Überwachungsgebiet des Verkehrsüberwachungsdienstes wird gemäß dem als Anlage 1 beigefügtem Plan (rot gekennzeichnet) erweitert. Die Überwachung erfolgt bis auf weiteres mit dem bestehenden Personal. Es erfolgt ein Erfahrungsbericht im Verkehrsausschuss ein Jahr nach Aufnahme der Überwachung.

Protokollnotiz:

Herr Stadtrat Amann merkte dazu an, dass dieser Antrag ihn eher nachdenklich stimmen würde, da man ja selbst Verursacher sei. Eine gewisse Schuld liege an der Entwicklung des Verkehrs, was auch am Ausbau und an der Erweiterung des Klinikums, an der Weiterentwicklung des Beruflichen Schulzentrums, an der attraktiven OTH und an der gut frequentierten TRIMAX-Halle liege, was den Verkehr anziehe und in seiner parkenden Form dann zum Problem werde. Er wisse nicht, ob man sich mit der Erweiterung etwas Gutes antue. Im Übrigen sei für die Überwachung eigentlich die Polizei zuständig. Er wisse aber auch als ehemaliger Polizeibeamter, dass dort nicht genügend Personal zur Verfügung stünde, um diese Aufgaben ausreichend erfüllen zu können, da die Menge der Fahrzeuge einfach sehr stark zugenommen habe. Wenn diese Aufgaben zusätzlich durch den Kommunalen Verkehrsüberwachungsdienst übernommen würden, müsste dort das Personal auch am Wochenende arbeiten. Er bezweifle daher, ob dies eine gute Entscheidung sei.

Herr Hofrichter erwiderte, dass unabhängig davon die Polizei immer parallel zuständig sei, diese aber

nicht alle Bereiche so überwachen könne wie der Kommunale Verkehrsüberwachungsdienst.

Herr Bürgermeister Preuß bedauerte in diesem Zusammenhang, dass der öffentliche Personennahverkehr leider nicht so angenommen werde, wie man sich das wünsche und Buslinien mangels Fahrgästen eingestellt werden müssten, die zur Entlastung solcher Brennpunkte eingerichtet worden seien. Im Bereich der TRIMAX-Sporthalle könne er bestätigen, dass bei Veranstaltungen regelmäßig Feuerwehrezufahrten und private Grundstückszufahrten zugeparkt würden. Dagegen gebe es reichlich Parkraum, wenn er Geld kostet. Seit der Ausweichparkplatz an der Marienstraße bewirtschaftet werde, seien hier freie Parkplätze in großer Zahl zu verzeichnen. Probleme würden diejenigen bereiten, die weder mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Rad fahren wollen oder können und diejenigen, die nicht bereit seien, für ihren Parkplatz zu bezahlen.

Herr Setzer vom Tiefbauamt merkte an, dass auch bei ihm viele Anrufe eingingen und Anträge auf Sperrflächen gestellt würden. Er machte den Vorschlag, bei Veranstaltungen gleich auf den Eintrittskarten entsprechende Vermerke bezüglich des zulässigen Parkverhaltens anzubringen.

Herr Stadtrat Müller machte den Vorschlag, bei Punkt 4 des Sachstandsberichts den Bereich Beethovenstraße einzubeziehen. Im Übrigen gebe er Stadtrat Amann Recht, da es auch die Anwohner treffe.

Herr Dr. Mitko erwiderte, dass es aber andererseits auch schon viele Beschwerden seitens der Anwohner und Bitten, das Parkverhalten mehr zu überwachen, gegeben habe.

Frau Stadträtin Leithäuser wies auf den Parkverkehr in der Pfistermeisterstraße hin. Dort würden vor allem Mitarbeiter des EDEKA-Marktes parken, da auf dem dortigen Parkplatz vom Marktbetreiber schon Parkuhren aufgestellt worden seien.

Herr Dr. Mitko wies darauf hin, dass für den Bereich Mariahilfberg eine Überprüfung erfolgen würde, um ein Konzept zu erarbeiten. Entsprechende Optionen müssten aber erst diskutiert werden.

Herr Stadtrat Hübner wies daraufhin, dass der Kommunale Verkehrsüberwachungsdienst dadurch mehr belastet werde.

Herr Dr. Mitko erwiderte, dass dafür die Kontrolldichte in der Altstadt entsprechend reduziert werden müsse, wenn man das mit dem gleichen Personal bewerkstelligen wolle. Man werde beobachten, wie sich die Parkmoral in der Altstadt entwickle. Das Personal sei vorhanden, um den zusätzlichen Überwachungsbereich mit ein paar Schritten mehr fußläufig zu erreichen. Wenn es funktioniere, sei es gut, wenn die Parkmoral in der Altstadt sinke, müsste mehr Personal eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0